

# SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/29

11. Februar 1974

Die Partei des Godesberger Programms

ParteiVorstands-Beschluß ein klärender Fortschritt

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB  
Bundesminister und Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 1 / 44 Zeilen

Eine kulturelle und politische Aufgabe

"Stiftung Preußischer Kulturbesitz" in Berlin braucht endlich Klarheit

Von Dr. Hermann Schmitt-Vöckenhansen MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 2 und 3 / 73 Zeilen

Reform des § 218 wird nicht verzögert

Keine Hintertür für die Gegner einer verbesserten  
Regelung

Von Dr. Alfons Bayerl MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesjustiz-  
ministerium

Seite 4 und 5 / 48 Zeilen

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Spricht "Alfred" aus der deutschen Seele?

Seite 6 und 7 / 64 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eberdt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Presshaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg

## Die Partei des Godesberger Programms

---

### Parteivorstands-Beschluß ein klärender Fortschritt

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Bundeminister und Mitglied des SPD-Präsidiums

Die Sozialdemokraten führen seit längerer Zeit eine intensive Diskussion über Inhalte und Grenzen des demokratischen Sozialismus. Dabei sind vor allem innerhalb der Arbeitsgemeinschaft der Jungezialisten neben förderlichen und weiterführenden Ansätzen auch Auffassungen vertreten worden, die mit Grundprinzipien des Godesberger Programms nicht im Einklang stehen und geeignet sind, das Erscheinungsbild der SPD in den Augen der Öffentlichkeit zu verwirren. Solchen Auffassungen sind viele Mitglieder der Partei im Laufe der vergangenen Monate mit wachsender Entschiedenheit entgegengetreten.

Die Entschließung des Partei Vorstandes vom 8. Februar setzt diesen Klärungsprozeß fort. Sie sagt unmissverständlich, daß bestimmte Ansichten, nämlich

- die Ansicht, der demokratische Staat der Bundesrepublik sei ein "Ausbeutungs- und Monopolisierungsfaktor", d.h. also das Kernstück der Stamokap-Doktrin, und
- die Ansicht, es bedürfe einer systematischen Verschärfung von Konflikten zur Zerschlagung des bestehenden Staates, d.h. also das Kernstück des orthodoxen Nichtrevisionismus,

mit dem Selbstverständnis des demokratischen Sozialismus unvereinbar sind. Die Entschließung sagt weiter, daß sich die Partei auch nicht scheuen dürfe, sich von Mitgliedern zu trennen, die die im Godesberger Programm niedergelegten Grundlagen verlassen.

Diese Klarstellungen sind innerparteilich bedeutsam. Sie beenden eine Phase der Unsicherheit, die da und dort Platz gegriffen hat, und sind geeignet, die Kräfte zu ermutigen, die gelegentlich Spuren von Resignation zeigten. Natürlich darf und kann die Entschließung nicht als Auftakt zu einer Hexenjagd verstanden werden. Sie macht aber deutlich, daß dann, wenn alle Diskussionen und Überzeugungsversuche nichts fruchten, auch der Ausschluß von Anhängern der in der Entschließung verurteilten Auffassungen in die Wege geleitet werden muß. Das sind dann die Abschälungen, von denen der Parteivorsitzende wiederholt gesprochen hat.

Nach außen unterstreicht die Entschließung, daß die größte deutsche Partei unverändert die Partei des Godesberger Programms ist: die Partei, die im Vollzug des sozialstaatlichen Auftrags des Grundgesetzes die Lebensqualität der breiten Schichten unseres Volkes im Wege realer Reformen bewahrt und verbessert. Sie charakterisiert außerdem die Versuche der Opposition, die SPD in die verfassungsfeindliche Ecke zu drängen, als das, was sie wirklich sind: nämlich eine parteiegoistische Kampagne, die auf die Fundamente der Übereinstimmung zielt, die unter Demokraten auch in einer Phase harter Auseinandersetzungen aufrecht erhalten werden sollte.

(~/11.2.1974/bgy/pr)

+ + +

Eine kulturelle und politische Aufgabe

**"Stiftung Preußischer Kulturbesitz" in Berlin braucht endlich Klarheit**

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seit die "Stiftung Preußischer Kulturbesitz" in Berlin ihre Arbeit aufnahm, wird in Kürze ein Dutzend Jahre vergangen sein. Aus einem Provisorium, einer bescheidenen Nachlassverwaltung für die durch Krieg und Nachkriegszeit hindurch geretteten Sammlungen des früheren Staates Preußen an wertvollem Kulturgut wurde ein Organismus, der aus dem deutschen Kulturleben nicht mehr fortzudenken ist und hohes internationales Ansehen genießt. Eindrucksvolle Neubauten, von ersten Architekten wie Mies van der Rohe und Hans Scharoun gestaltet, entstanden oder befinden sich in der Ausführung. Der Jahreshaushalt der Stiftung stieg von 13,5 auf über 77 Millionen DM an; die Zahl ihrer Mitarbeiter von 500 auf 1.400, darunter 180 Wissenschaftler. Die jährliche Besucherzahl der Berliner Museen wuchs von 260.000 auf 1,3 Millionen. Die Staatsbibliothek, noch auf Berlin und Marburg verteilt und sogar in Berlin - bis ihr Neubau fertig sein wird - auf mehrere Stellen zersplittert, konnte ihre führende Stelle im wissenschaftlichen Fernleihverkehr des In- und Auslandes wieder erringen und bietet heute der Forschung über 27.000 wissenschaftliche Zeitschriften, darunter über 18.000 fremdsprachige an. Für alle Einrichtungen der Stiftung gelangen wertvolle Neuerwerbungen. Ihr Personalkörper steht heute gefestigt da.

Diese Erfolge können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Stiftung mit dem nach Vergangenheit klingenden Namen und den in die Zukunft weisenden Aufgaben schon seit einiger Zeit auf eine Grenze ihrer Aktivitäten gestoßen ist, die sie aus eigener Kraft nicht überwinden kann. Die Finanzbasis des Preußischen Kulturbesitzes in Berlin trägt noch heute die Spuren der innenpolitischen Spannungen ihrer Entstehungszeit. Im Prinzip auf Zusammenarbeit von Bund und Ländern aufgebaut, konnten sich damals - außer Berlin - nur drei Länder entschließen, der Stiftung beizutreten. Nur Nordrhein-Westfalen, fand sich bereit, mit einer Quote von etwa 25 vH. des Gesamthaushalts einzusteigen, während sich die beiden anderen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein auf einen jährlichen Festbetrag von 500.000 und 250.000 DM beschränkten. Diese Schwäche der finanzpolitischen Struktur wurde immer fühlbarer, je

mehr sich die Stiftungseinrichtungen entwickeln und die Kosten z.T. überproportional steigen.

Jetzt im Jahre 1974 - vor allem auch als Folge der notwendigen Neubauten - wird bereits die Summe von 77 Millionen DM überschritten. Es kann nicht überraschen, daß Nordrhein-Westfalen, angesichts der drängenden kulturellen Aufgaben im eigenen Land und im Blick darauf, daß die anderen Länder der Bundesrepublik der Stiftung nach wie vor völlig fernstehen oder sich nur mit den erwähnten geringen Fixbeträgen beteiligen, den eigenen Anteil, der bereits 1972 auf 12,5 Millionen DM angewachsen war, nicht weiter erhöhen will. So befindet sich die "Stiftung Preußischer Kulturbesitz", deren Leistungen kein Besucher Berlins, der mit offenen Augen seine Kulturlandschaft betrachtet, verkennen kann, heute in einer permanenten Finanzkrise, die nur dadurch überdeckt wurde, daß man sich mit Globalwingsparungen im jährlichen Haushalt behelf und daß der Bund Sonderhilfen leistete.

Bundeskanzler Willy Brandt und Bundesinnenminister Hans Dietrich Genscher haben sich schon vor mehr als einem Jahr an die Ministerpräsidenten der Länder gewandt, um die Trägerschaft der Stiftung neu zu regeln. Leider haben die bisherigen Gespräche jedoch noch zu keinem Ergebnis geführt. Wohl erklärten sich die Ministerpräsidenten aller Länder im Herbst 1973 grundsätzlich bereit, der Stiftung beizutreten. Doch der von ihnen angebotene Anteil von 25 vH. der laufenden Unterhaltskosten, welchen die Gesamtheit der Länder übernehmen will - die Kosten der Investitionen, vor allem also der Neubauten, sollen der Bund und Berlin allein tragen - erschien der Bundesregierung als zu gering: im Jahre 1974 würden hiernach die Länder außer Berlin nur 10,8 Millionen DM aufbringen, während bisher allein Nordrhein-Westfalen 12,5 Millionen DM im Jahr beisteuert.

Auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, daß die große Mehrheit der Länder für die Stiftung bisher überhaupt nichts aufwandte. Nicht nur aus kulturpolitischen Aspekten, sondern aus gesamtpolitischen Überlegungen und im Blick auf den Standort der Stiftung, Berlin, wäre es daher ein großer Fortschritt, wenn sich in Zukunft alle Länder mit dem Bund in dieser Aufgabe zusammenfänden, welche für das Ansehen der Bundesrepublik bedeutungsvoll genug geworden ist.

Dem weiteren Gespräch zwischen der Bundesregierung und den Ländern kommt damit eine Bedeutung zu, die über den sachlichen Anlaß weit hinaus geht. Aus der gewandelten Position Berlins in unseren Tagen, ist sie für jeden klar, der Augen hat zu sehen. Die Bewährung an der Aufgabe der Konsolidierung der "Stiftung Preußischer Kulturbesitz" sollte dabei am Anfang der Schaffung einer Deutschen Nationalstiftung stehen.  
(-/11.2.1974/ke/pr)

+ + +

Reform des § 218 wird nicht verzögert

Keine Hintertür für die Gegner einer verbesserten Regelung

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesjustizministerium

Berichte, daß es zu keiner Reform komme, oder daß die Reform des § 218 verzögert werde, sind falsch. In den zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages werden die vier Gesetzentwürfe für eine Reform des § 218 und der von den Fraktionen der SPD und FDP eingebrachte Entwurf eines Gesetzes über ergänzende Maßnahmen zur Reform des § 218 beraten. Die Beratung dieses Ergänzungsgesetzes wird im Februar abgeschlossen. Damit ist ein erster wichtiger Schritt getan. Denn durch dieses Gesetz wird die ärztliche Beratung über Fragen der Empfängnisverhütung, sowie die ärztliche Hilfe beim Schwangerschaftsabbruch als Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung anerkannt.

Die Beratung der vier Entwürfe für eine Reform des § 218 im Strafrechts-sonderausschuß wird in der letzten Märzwoche abgeschlossen werden. Der Ausschuß wird sich nicht für einen Entwurf entscheiden, sondern alle vier Entwürfe gesetzestechnisch aufbereitet dem Bundestag vorlegen. Die beiden von der CDU/CSU vorgelegten Entwürfe stellen für uns keine Reform dar. Sie bleiben weit hinter dem zurück, was als Regelung not tut, um die Situation der betroffenen Frau entscheidend zu verbessern.

Der Entwurf der Koalitionsfraktionen sieht die Fristenregelung vor. Danach ist der Schwangerschaftsabbruch bis zum Ende des dritten Monats straf- frei, wenn die Frau einwilligt, eine ärztliche Beratung vorangegangen ist und er von einem Arzt vorgenommen wird. Die drei weiteren Entwürfe schlagen eine Indikationsregelung vor. Hiernach ist der Schwangerschaftsabbruch nur dann

gerechtfertigt, wann ganz bestimmte, im Gesetz fixierte Voraussetzungen vorliegen. Der von Müller-Emmert und 26 weiteren Benannten vorgelegte Entwurf unterscheidet sich grundlegend von den CDU/CSU-Entwürfen. Er sieht den Abbruch der Schwangerschaft auch bei allgemeiner Notlage (sogen. soziale Indikation) vor, dabei soll die Frau immer straffrei bleiben, damit ihr der Weg zur Beratung nicht erschwert wird. Der ganz entscheidende Unterschied dieses Entwurfs zu dem Fraktionsentwurf der CDU/CSU und dem Entwurf des Abgeordneten Dr. Heck und weiteren Mitgliedern der CDU/CSU besteht in dem Beratungsverfahren. Während der Entwurf von Müller-Emmert u.a. die Entscheidung bei der Frau und dem Arzt ihres Vertrauens läßt, wird nach den Entwürfen der CDU/CSU die Entscheidung über den Schwangerschaftsabbruch von einer Gutachterstelle in einem schriftlichen Gutachten getroffen. Würde diese Regelung Gesetz, wäre das Reformziel vollständig verfehlt. Die meisten Frauen würden sich nicht an die Gutachterstelle wenden, sondern gleich, wie bisher, wieder im Untergrund Hilfe suchen. Und was das bedeutet, wissen wir alle!

Fälschlich ist hier und da auch berichtet worden, Bundesjustizminister Gerhard Jahn habe ein "Vierwochenmodell" vorgelegt. Auf Befragen eines Journalisten hat er auf einen Vorschlag der Alternativprofessoren - als Minderheitsmeinung bekannt geworden - hingewiesen, wonach der Schwangerschaftsabbruch straflos sein soll, wenn er in den ersten vier Wochen seit der Empfängnis vorgenommen wird. Gerhard Jahn hat gleichzeitig deutlich gemacht, daß er selbst nicht von seinem Standpunkt abrückt.

In der Fraktion der SPD gibt es keine Gegner der Reform. Kein Mitglied der SPD-Fraktion wünscht auch, Gegnern der Reform des § 218 eine Hintertür zu öffnen. Deshalb darf es nicht dahin kommen, daß diejenigen, die wirklich eine Reform wollen- und das ist nicht die CDU/CSU - sich gegenseitig blockieren und dadurch die notwendige Reform verhindern. (-/ 11.2.1974/ks/pr)

+ + +

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Spricht "Alfred" aus der deutschen Seele ?

Unter dem Titel "Eine enthüllende Sendereihe" befaßte sich die vom Bischof von Essen herausgegebene "Wochenzeitung des Bistums Essen Ruhr-Wort" am 9. Februar mit der Fernsehsendung "Ein Herz und eine Seele". Wir drucken den Beitrag zustimmend ab.

"Der 'Alfred' hat's geschafft. Mit 27,52 Millionen Zuschauern schlug er alle übrigen Sendungen. Auch in der sogenannten 'verbesserten' Auflage bleibt es zudem dabei: Man lacht weniger über ihn als mit ihm über andere. Zahllose Gespräche nach den Sendungen, in Betrieben, Büros und Bahnen scheinen - Ähnlich wie Seher-Zuschriften - zu bestätigen: Alfred wird durchweg nicht als das genommen, was er sein sollte - ein museumstauglicher Widerling politisch-pädagogisch-menschlicher Unvernunft. Es scheint fast, als sehe sich in ihm manches deutsche Unterbewußtsein herrlich bestätigt, wenn Alfred 'frenk und frei' alle Vorurteile bedenkenlos herausaprudelt, die Optimisten durch dreißig Jahre demokratische Erziehung und Erfahrung längst ausgeräumt wähten.

In der Begeisterung über Alfred schwingt zuviel Genugtuung darüber mit, daß endlich einer vor Millionen sagt, was viele tief im Herzen vergraben, über die 'schreckliche' Weimarer Zeit hinweg gerettet und durch die 'herrliche' Zeit des Dritten Reiches als Grundüberzeugung bestätigt erhalten haben: Juden, Neger, Gastarbeiter, Emigranten, Frauen und Fremde sind und bleiben verdächtig. Alles, was nicht den gleichen 'männlichen' Stallgeruch an sich trägt, verdient Mißtrauen, Ablehnung, Haß. Und ein Tritt in den Hintern zur rechten Zeit ist besser als ein Haufen Toleranz, Partnerschaft, Menschenfreundlichkeit und Gesprächsbereitschaft.

Man höre also auf - das ist die Quintessenz - in Familie und Öffentlichkeit 'demokratisch' zu verfahren: mit Frauen, Töchtern und Schwiegermüttern, die sich emanzipieren wollen. Auch mit politischen Größen, die einem nicht nach der Nütze sind.

Fair und demokratisch - das ist nicht nur viel zu mühsam; das ist in diesen Augen auch vom Grundsatz und von Erfahrung her total falsch. Darin sind

sich ganz rechte und ganz linke sogar einig.

Dem Überraschten Autor der deutschen Fassung einer amerikanischen Type, dem Herrn Menge, grauet es bereits, so mißverstanden zu werden. Denn der amerikanische 'Alfred' erweckte Antipathie und Abscheu, wenn man dem Hören-Sagen glauben darf. Im wiedernden Zuschauer-Stimmungsgelächter bei uns kommt aber mehr über deutsches Seelenleben ans Tageslicht als bei mancher demoskopischen Untersuchung.

Halb so schlimm sagen manche. Aber vielleicht muß man wirklich alt genug sein, um zu fürchten, daß sich in den fünfzig Jahren von Weimar bis Bonn - von Hugenberg bis zu dem politisch unbedeutsam gewordenen Neonazismus - an der seelischen Inneneinrichtung vieler Deutscher wenig geändert hat. Ist wirklich 'unsterblich' in 'deutscher Seele', was andere Völker so abgrundtief fürchten? Weshalb sie uns bei aller beschworenen Partnerschaft in geheim immer noch nicht über unseren demokratischen Weg trauen? Vegetiert diese - uns nachgesagte - 'teutonische' Mischung von Weltgendarmen und Welterlöser noch in dunklen Kellergeschossen unaufgeräumter 'deutscher Seelen'? Dann ist für sie auch manche 'irre' Krimigewalt, manch brutaler Sex und 'hautnaher' Krieg, ja selbst ein 'Schweinchen Dick' samt brutalen Nachfolgern nicht ungefährlich.

Dann ist das Meiste an Alfred nicht der miese Typ, sondern, daß er bei vielen Zuschauern 'herrlich' ankommt, ohne daß sie ihn oder sich selber zum Kotzen finden.

Es ist unwahrscheinlich, daß Filme und Fernsehspiele Menschen besser machen als sie sind. Aber sie können bestätigen und dadurch auch - je nachdem, wie sie angelegt sind - 'selbstbewußter' oder nachdenklicher machen.

Da war einmal ein Mann. Er lebt noch. Der ließ sein Publikum nie über andere lachen. Um so mehr über sich selbst. Dadurch aber ließ er seine Zuschauer sehr nachdenklich werden: Über die Menschen selbst, über ihre Armut, ihre Sehnsucht nach Liebe, Glück, Frieden. Nach menschlichem Leben.

Der Mann hieß - und heißt noch - Charly Chaplin. Und der ist und leistete eine ganze 'Menge' mehr als Alfred!  
(-/11.2.1974/ks/pr)

(Autor: F.M. Elmer)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert